



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1905

575 (11.12.1905) 2.Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-121957](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-121957)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin W 50.

Redakteur: Dr. Paul Harmö, Würzburgerstraße 16.

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummer:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau: Aufnahme-Druckarbeiten 841
Redaktion: 877
Expedition: 918

Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Belegblätter 20 Pfennig monatlich,
durch die Post bez. und Post-
aufschlag 20 Pfennig pro Quartal.
Quartal-Nummer 2 Bg.

Einzelverkauf:

Die Colonie-Zeitg. 20 Pf.
Kultur- und Literatur 20
Die Kolonial-Zeitg. 20

Nr. 575.

Montag, 11. Dezember 1905.

(2. Mittagsblatt.)

Reichstags-Rede des Reichstagsabgeordneten Bassermann bei der ersten Lesung des Etats.

„H. D. Die Thronrede führt eine ernste Sprache, und sie ist ergänzt durch die Darlegung des Reichsanwalts. Wer zwischen den Zeilen lesen kann, wird auch der Befürchtung nicht Herr werden können, daß wir vielleicht bitten zu sollen, in denen eine gewisse Fiktion Deutschlands zulage tritt; es müßte nichts, das Haupt zu verhalten. So ist die Thronrede und so sind auch die Darlegungen des Reichsanwalts in der Nation verstanden worden. Die Presse aller Parteien betont, daß es nicht, der geübten oder sich ändernden Weltlage offen ins Gesicht zu sehen. Den Darlegungen des Abgeordneten Frey über unsere Beziehungen zum Vereinigt-Königreich schließt ich mich im Namen meiner politischen Freunde an. Auch wir legen den größten Wert auf dessen Fortbestand und wünschen, daß er uns erhalten bleibt. Aber eine wird die Nation aus den Darlegungen des Reichsanwalts wohl unterstreichen müssen, daß es nicht, ins Auge zu fassen, daß auch einmal eine Zeit kommen kann, in der wir allein stehen müssen (sehr richtig!), und daß unsere Beziehungen auf einen solchen Zeitpunkt wohl zu geschritten werden müssen. Das ist keine zu düstere Betrachtung der Weltlage, sondern das ist die Quintessenz jedes nüchternen Urteils. Die Thronrede spricht von

„korrekten“ Beziehungen,

und es gebiete ja an und für sich wenig Divinationssgabe dazu, diese Nebenbedingungen auf Frankreich und auf England zu beziehen. „Korrekte Beziehungen“, das ist wenig. Ein solcher Satz erweckt leicht das Gefühl der Eitelkeit in uns selbst, auch den entsprechenden Respekt in den Staaten, die dabei betroffen sind. Der Ausgangspunkt der drohenden auswärtigen Lage, darüber ist in werten Kreisen unseres Volkes volles Verständnis, in England, die Wichtigkeit, wieviel sich da und dort bis zum Höhe gediebt, über das wirtschaftliche Fortschreiten Deutschlands (auch bei den Sozialdemokraten, sehr richtig bei den National-Liberalen), über seinen wachsenden Handel und vor allem über die Industrie Deutschlands, die ihren Vorrang in der ganzen Welt vollendet, die Welt führt, vielleicht doch in manchen Gebieten überlagert zu werden, und das Wissen haben, das in England zweifellos bei jedem Vorstoß auf maritimem Gebiet herbeigeholt wird, unerbittlich angeht des Umfangs der deutschen Flottenrüstungen. Man hat oft, auch wenn man nicht zu tief in die Wirrnisse der auswärtigen Politik eindringt und eingehend vermag, in unserem Volke doch das lebhafteste Gefühl dafür gefunden, daß

englische Maulwurfsarbeit

vorhanden ist, die an den Fundamenten der Machtstellung Deutschlands rütteln will. Die englische Presse, vor allem die Presse der Hauptstadt, die Times, woran vielleicht überschätzt in ihrem Einfluß auch auf das englische Volk, aber doch, wenn sie häufig diesen selbst Ton anschlägt und eine immer düstere Stimmung in England und Deutschland vorbereiten nicht zu unterschätzen in diesem Einfluß, die englische Diplomatie und vielleicht auch englisches Geld an der Arbeit! Darüber zu sprechen, heute die Paradoxien fallen zu lassen, die uns ja immer hier geleitet hat in Fragen der auswärtigen Politik, das wird in der Natur der Dinge liegen; denn diese Vorgänge haben nicht mehr begraben in den Kisten des kaiserlichen Archivs, sondern sie machen sich aufdringlicher auch in der deutschen Politik bemerkbar, als uns das lieb ist, und erzeugen wachsende Besorgnis.

Ich will nicht zu tief eindringen in diese auswärtige Politik. Steigt man zu tief hinein und vernimmt man sich, alle die Zusammenhänge zu erkennen, beurteilen zu wollen, dann wird man sich leicht den Vorwurf des Nihilismus zuziehen. Der Schwerpunkt liegt doch offenbar darin, daß man bemerkt ist, Deutschland in der ganzen Welt als den Störenfried hingestellt, vielleicht auch als den Kauz, dem es nur darauf ankommt, Schwierigkeiten herbeizurufen, der vielleicht gar kriegerischen Mutes in einen Krieg hineinsteuert. So wird Frankreich lange gemacht. Wir sehen diese Wege gegen Deutschland gerichtet, in Skandinavien, Belgien, Holland.

Heberau die Tendenz, Mißtrauen gegen uns zu erwecken,

den Dreißig zu unterwerfen. Selbstverständlich erdittet dieses Mißspiel in Deutschland und führt vielleicht auch unsere Presse weiter in die Kritik englischer Machenschaften, als das an sich angezeigt wäre. Das deutsche Parlament wird nun weit davon entfernt sein, seinerseits zur Vertiefung der Gegensätze zwischen England und Deutschland beizutragen zu wollen. (Sehr richtig!) Die Grenzen sind weit und tief genug, als daß wir von dieser Tribüne betend zur Verbreiterung beitragen sollten. (Sehr gut!) Aber das auszprechen, was uns beschwert; in dieser ganzen englischen Politik, und über das reden, was wir wollen, kann einem doch nicht verweigert werden. Wir wollen weiter nichts als die Möglichkeit, bei unserm starken Bevölkerungszuwachs uns friedlich über See zu betätigen. Dabei sind wir nicht in der Lage, auf den

teilweisen Wettbewerb mit England

zu verzichten, auch auf die Gefahr hin, in England Unbehagen und Mißbilligung zu erregen; denn es ist überhaupt für manchen Staat ein unabdingbares Gefühl — und das kann man ohne weiteres noch empfinden — diesen großen mächtigen Staat, mitten in Europa, mit seinem Gebirgsüberhang, der Elbogenfreiheit haben muß, kann er seinem Volke die nötigen Nahrungsmittel verschaffen soll und der naturgemäß mit seinen Elbogen an andere Staaten anstößt, so wachsen zu sehen.

Und noch ein anderes. Wir sind naturgemäß nicht in der Lage, zu verzichten auf den größeren Schutz, den die größere Bedeutung unserer überseeischen Interessen erfordert. Hier gehen wir genau so vor wie die andern großen Staaten, Frankreich, Amerika, Japan und vor allem England selbst. Es ist eine Freiheit sondergleichen, wenn und englische Politiker, englische Seemannsleute, die englische Presse verbieten wollen, unsere Friedensbestrebungen weiter auszubauen. Wir sollen sich, Deutschland selbst muß in der Lage sein, zu ermessen (lebhafter Beifall), wie groß unsere Rüstungen, wie stark unsere Flotte sein muß. (Beifall.) Allerdings, Herr Vöbel hat vorgelesen die Schuld an der Verschlechterung unserer internationalen Lage wie auch in seinen früheren Reden nicht auf das Wachstum der deutschen Exportindustrie, sondern vor allem auf deutsche Fehler zurückgeführt, Mißgriffe deutscher Diplomaten, ein fehlerhaftes Vorgehen Deutschlands in andern Staaten. Er hebt die Störungen in der auswärtigen Politik in dem ungenügenden Verhalten unserer Diplomatie, vor allem auch in der ostasiatischen Frage. Ich kann das mit meinen politischen Freunden nur bedauern, wenn die Sozialdemokratie hier und in andern Fragen auftritt und auch tatsächlich ab und zu den Erfolg erreicht, die Kreise unserer auswärtigen Politik zu hören. Das geht natürlich auch im Ausland nicht unbemerkt vorüber. Gar manche Rede Vöbels über die deutsche Flotte und Flottenvorlage ist in der englischen Presse verbreitet und als Argument gegen Deutschland verwendet worden (Ausschreibung), auch alle die Vorwürfe der sozialdemokratischen Presse über Neutralitätsverletzungen im japanisch-russischen Kriege, die von Deutschland verübt sind. Es ist ja noch ein Glück, daß diese Vorwürfe gänzlich in übertriebener Form auftreten, daß sie dadurch selbst wirkungslos werden, aber den Patrioten muß eine solche

selbstmörderische Politik

aus deutschen Landes- und Volksgenossen heraus doch wehmütig verurteilt werden. Von dem Abg. Vöbel, einem so hervorragenden Mann, muß ich es doch bedauern, daß er immer nur arbeitet mit dieser vernichtenden Kritik der ganzen deutschen diplomatischen Wirksamkeit, nirgends Anerkennung soll für Erfolge, auch wenn sie zweifellos erreicht sind, daß er für den Satz „Recht über Unrecht, mein Vaterland!“ feinerlei Verständnis hat und es dadurch heute erleben muß, daß er bei der ganzen bürgerlichen Presse, und das war in früheren Perioden nicht so, keinen Widerhall mehr findet. Allein die sozialdemokratische Presse soll ihm Beifall. Ich kann ja sagen, ein derartiges Verhalten beweist, daß wir in den großen Fragen der internationalen Politik, soziale, was die Sozialdemokratie anlangt, noch in den Anfängen stehen und daß wir es noch nicht gelernt haben, dem Auslande gegenüber einig zu sein.

Es liegt mir dabei vollkommen fern, zu behaupten, daß nicht auch von Deutschland in der auswärtigen Politik Fehler gemacht worden sind. Ich rechne darunter zunächst eins, daß nicht überall die Presse Maß gehalten hat. Ich rechne darunter, hier und jenseits des Kanals das Verhalten der Mitglieder (sehr nach!) die vielfach vorhandenen Meinungsäußerungen fremder Monarchen, die viel besser unterhalten wären. (Sehr wahr!) Ich verkenne nicht, daß auf der andern Seite ein größeres Verschulden ist, aber auch in der deutschen Presse sind Fehler gemacht worden. Es gilt für alle diese Dinge der Satz, daß jedes Land die Scheiden bezahlen muß, die von seiner Presse dem Nachbar einzuweisen werden. Es hat ja manchmal unsere auswärtige Politik den Anschein der Herabwürdigung des Schwanzes gemacht, das mag geschadet haben, das gebe ich ohne weiteres zu, auch vielleicht in einzelnen Fällen

eine viel zu geräuschvolle Politik,

die die Augen der ganzen Welt viel zu sehr auf Deutschland gezogen hat, während eine stille Arbeit sehr viel besser gewesen wäre. Aber diese kleinen Dinge, was spielen sie für eine Rolle gegenüber der eminent friedlichen Politik, die Deutschland tatsächlich in diesen 36 Jahren seit Gründung des Reiches getrieben hat, und gegenüber der weiten Tatsache, daß unser Kaiser bei jeder Gelegenheit betont hat, daß er ein Friedensstifter sein will und daß ihm die Erhaltung des europäischen Friedens am Herzen liegt. Es sind heute Bemühungen am Werke.

bessere Beziehungen zwischen England und Deutschland

herbeizuführen. Auch meine politischen Freunde und ich glaube, der ganze Reichstag wird darin einig sein, begreifen diese Bemühungen aufs lebhafteste. Wir sind der Ansicht, daß diejenigen, die Deutschland und England in einen Krieg hineintreiben wollen, ein nicht nur gefährliches, sondern verderbliches, verdammenwertes Spiel treiben. (Sehr richtig!) Auch in der Adresse des Ausschusses für die Verhinderung ist hervorgehoben der Ernst der Lage und die Gefahr ernsthafter Konflikte. Ich möchte wünschen, daß es dieser neuen Mission, den veränderten Verhältnissen auf einem andern Gebiete, dem Wechsel in dem englischen Regiment, gelingen möge, auch die Aufführung wieder in die englische Nation hineinzubringen, daß wir friedlich gestimmt sind, nur friedliche Bemühungen verfolgen und daß die Besserung vor allen Dingen dann anfangen wird, wenn die englische Presse aufhört, wieder, überall zu

behaupten, daß Deutschland und Deutschlands Politik friedensfördernd auftritt. Der Abg. Vöbel hat früher und vorgelesen wiederum auch den Satz vertreten, daß

jede Flottenvermehrung sich gegen England

richte. Auch das erachten wir für unrichtig. Wir können niemals einen Krieg mit England wollen. Niemals werden wir England gewachsen sein und für uns wären die Einsätze eines Krieges mit England viel zu hoch. Unsere Flotte soll weiter nicht sein als ein Schutz für unsere Handelsinteressen im Auslande und ein Schutz für unsere Küsten.

Daß wir friedlich unsern Weg gehen wollen und gegangen sind, das beweist — ich will nur eine Tatsache, aus dem letzten Jahrzehnt hervorheben — wie oft gerufen worden nach der Erwerbung der utopischen Kolonisationen, und wie bitter hat uns das, solche Kolonisationen zu haben (sehr gut), unsere Flotte in der Kolonialversorgung unabhängig zu stellen von den englischen Kolonialplänen. Man hat es unterlassen, und warum hat man es unterlassen? Doch jedenfalls in der Hauptsache deswegen, weil man die englische Empfindlichkeit nicht reizen wollte. Nicht kann man doch wirklich nicht verlangen, Abg. Vöbel sagte: Rüstungen, Flottenvermehrungen reizen in England zum Krieg, sie bringen den Krieg näher. Ich meine ganz anders. Je schwächer die deutsche Flotte ist, desto größer der Anreiz für England, den unangenehmen Konkurrenzanten loszuwerden, und so sagen wir bei dieser Vorlage, wie wir es bei den früheren gesagt haben: Jedes deutsche Schiff mehr, das eine größere englische Verluste im Falle des Krieges bringt, ist ein Friedenspfand; je geringer auf der andern Seite Deutschlands Ansehen zu See ist, desto größer die Gefahr der Eskalation, und desto näher kann der Moment kommen, wo wir uns unserer deutschen nationalen Ehre willen schließlich nicht anders können als in Konflikt hineintreiben. Der Abg. Vöbel hat meinen Freund Völsche kritisiert und dessen Rede in Kreuznach. So viel ich mich entsinnere, hat der Kollege Völsche damals in Kreuznach nicht weiter getan, als daß er auf den Ernst der damaligen Situation hingewiesen hat. Ich meine.

daß die Lage damals ernst war,

das haben die Späher in Berlin von den Dächern geprüffelt und nicht nur die Späher in der Wilhelmstraße, sondern auch im übrigen Berlin. Also, das wäre nichts Besonderes, daß das damals schließlich auch einmal ausgesprochen worden ist.

Der Abg. Vöbel sprach auch von den russischen Wägen und davon, daß einmal Rußland selbstverständlich in die Reihe der konstitutionell regierten Staaten eintritt, dann werde das Expeditionsbedürfnis Rußlands verfallen in die Erziehung treten und Rußland werde genötigt sein, sich auch in der Ostsee Oasen zu beschaffen; dann würden neue Reibungsflächen erscheinen. Wenn so drohende neue Konflikte in die Zukunft aufsteigen, dann wird es naturn, sich zu rüsten für alle Eventualitäten zu Wasser und auf dem Lande. (Sehr richtig bei den National-Liberalen!) Im Übrigen hat der Abg. Vöbel den radikalen Standpunkt vertreten, daß die Sozialdemokratie einnimmt. Er hat uns davon erzählt, daß im Kriegsfalle sich die Sozialdemokratie überlegen werde, ob sie dem Kriegsruß folgen wird. (Hört, hört! bei den National-Liberalen.) Aus dieser Betrachtung des Abg. Vöbel resultiert für die Nation, daß man in den Köpfen der deutschen Arbeiter doch heute schon die Eventualität in Rechnung stellt, daß in einem solchen Konflikt bereits die deutsche Armee so erschüttert sein möchte, daß es der Sozialdemokratie möglich wäre, Unruhen herbeizuführen, vielleicht bei der Eingliederung der Arbeiter und der Landwehrmänner sie zu Tausenden zu treiben. Wenn das so ist, dann hätten vielleicht diejenigen recht, die in der Betrachtung der inneren Lage und in der Betrachtung der Entwicklung der sozialdemokratischen Partei zu einem solchen Satze kommen, daß sie sagen die Bewegung wird weitergehen von Jahr zu Jahr, der moderne Staat wird auch kaum ein Hilfsmittel haben, das er ihr in den Weg stellen kann, wenn nicht aus dem Kreise der Arbeiter selbst heraus die Erläuterung kommt, und dann vermöchte in der Zeit der

Moment in der deutschen Politik zu kommen,

wo die Frage sich aufwirft: Dält die Armee noch stand? (Hört, hört!) Oder ist sie durch die sozialdemokratische Lehre oder Fehllehre erschüttert? Ich bin überzeugt, daß auf diese Gefahr die deutsche Arbeiterbewegung ihr Augenmerk richten wird. (Sehr gut!) Es sind aber auch in der Sozialdemokratie Gegenströmungen vorhanden, und das zum Glück. Die Herren Frohme und andere stehen doch heute noch auf dem Standpunkt, daß ihnen diese ganze Revolutionsromantik des Herrn Vöbel keine Freude macht. So treten diese beiden großen Gegenkräfte auch in dieser Frage nach in die Erscheinung. Eines ist aber richtig, das will ich zugeben: Würde das Unglück es wollen, daß wir in Kriegsgefahr hineingekommen würden, dann möchte es ein Krieg sein, für den alles Verhängnis im Volke vorhanden wäre (sehr richtig!), ein und aufgedrungener Krieg, in dem unsere nationale Ehre emporgerückt wäre. Das sind Gedankengänge, die wir nicht nur finden bei dem General a. W. Vöbel, sondern auch in Bismarcks Erinnerungen. Die sozialdemokratische Macht wird von Herrn Vöbel überschätzt. Wir werden auf dem betretenen Weg, den uns unsere Vaterlandsliebe diktiert,

weiterstreiten und den Kassandrasen, die hier aus dem Munde des Hg. Webel erschallen, kein so großes Gewicht beilegen. (Sehr gut!) Nach der Auffassung meiner politischen Freunde stellt sich die Politik des Reichstanzlers in der

marxistischen Frage

als eine verhängnisvolle Politik dar, die nicht in der Lage ist, die Interessen eines anderen Staates zu verletzen, und wie sollen ihm unsern vollen Beifall. (Sehr richtig!) Das erkennen meine Freunde ohne weiteres an, daß der Augenblick, in dem der französische Geschäftsträger sich als der Mandatar der Mächte präsentierte, als diese große Veränderung zu Ungunsten der deutschen Interessen in Marokko sich vorbereitete, und als gewisslos auch Tendenzen vorhanden waren, die Unabhängigkeit Marokkos anzustreben, das Eingreifen Deutschlands zur Notwendigkeit machte. (Sehr richtig!) Eine andere Frage ist allerdings das Eingehen der Person Seiner Majestät des Kaisers. Ich möchte das Eingehen des Kaisers in solchen Fragen doch für nicht unbedenklich, für die Person des Kaisers gefährlich, vielleicht auch in anderer Richtung zu Bedenken Veranlassung gebend bezeichnen. (Sehr richtig!) Bei den National-Liberalen.) Aber eines ist doch dabei zu beachten. Hätten wir eine große Flotte, so wäre dieser Besuch in Tanger vielleicht unterblieben, und wir hätten mit einer Flottendemonstration ausbleiben können, wozu wir nicht in der Lage wären. Ich möchte im Namen meiner politischen Freunde den Wunsch ausdrücken, daß eine Darlegung dieser Vorgänge in amtlichen Merkblättern auch dem Reichstag zugänglich gemacht wird. (Beifall.) Wir sind darüber ja alle einig, daß wir einen Krieg mit Frankreich nicht wünschen, wir haben dazu keine Veranlassung; wir wollten auch gar nicht, welche Vorteile und ein solcher Krieg bringen würde. Die Kanj-Lexedon haben ja in der auswärtigen Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Man hat auch gesagt, es würde hier eine Komödie gespielt, um die Flottenvorlage besser durchzuführen. Um diese sechs Kanj-Kreuzer würde es wohl kaum notwendig sein, eine Komödie aufzuführen. Ich meine aber eins: Es ist besser, die Wahrheit hier offen auch im Parlament auszusprechen und von seinen der verführten Regierungen zu hören, als Schindluderer und Verschleierung, die eines Tages mit einem sehr üblen Erwachen unferren-ferren endigen dürften. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Marinenvorlage

wird u. a. darauf zu prüfen sein, ob sie bestehen kann vor den Bedürfnissen, welche die ganze auswärtige Lage unserer Finanzen und die Tatsache, daß wir kein Kolonialreich sind, und daß unser Heer immer die Hauptrolle spielen wird, so ist doch Tatsache, daß der Umfang der Flottenvorlage vielfach überrascht hat, vielfach überstimmt hat. Der Redner würdigt unsere Seelinteressen und unsere Seegeltung, beipflichtet eingehend die Notwendigkeit der Disziplinarvergrößerung, formuliert die Fragen, die insbesondere in der Kommission geprüft werden müssen, namentlich ob die Lebensdauer unserer Minierschiffe mit 25 Jahren nicht zu hoch gegriffen ist, und bestimmt die beschleunigten Ersatzplan. Zusammenfassend bemerkt er unter lebhaftem Beifall des Hauses, daß darüber kein Zweifel ist, daß heute im Volk über diese ganze Flottenvorlage eine ganz andere Stimmung vorhanden ist als im vorigen Jahre. Das ist mit ein Verdienst des viel angegriffenen Flottenvereins und seiner aufklärenden Vorträge.

Ich komme zur

Regulierung unserer Kolonialverwaltung

zu dem geplanten Reichskolonialamt. Wir sind geneigt, die am besten zum Ziele führenden Wege zu prüfen und der Erleichterung eines solchen Amtes näher zu treten. Die Kusthände werden ja veränderbar sein, aber dann kommt die große Frage der Deilung der Schäden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir bitten dringend um vorläufige Auswähl in den Personen, die hinausgeschickt werden, und um tabellöse Charaktere zu entsenden ohne berühmte Vergangenheit. (Beifall.) Es ist ein Buch erschienen „Tage und Annalen. Eindrücke eines Abgeordneten“ von der bekannten vielbesprochenen Reise. Es ist eine freimütige Kritik, schonend, soweit die einzelnen Personen in Frage kommen, aber frei und offen sprechend über die ganze Art der Verwaltung. Dort heißt es: „Weniger Monarchismus und Diktatoriel in den Kolonien (Sehr gut!), mehr praktisch geführte Leute, vielleicht mehr Wassertrichter.“ (Sehr gut!) Nun haben wir das selbständige Vortreiben, die Sinauhamen zu heigern. 12 Millionen Einnahmen und 25 Millionen Aufwände, das ist kein erfreuliches Resultat. Im Namen meiner politischen Freunde möchte ich dabei noch sagen, daß der Baumwollensbau in den Vordergrund wird rücken müssen, daß in vielleicht nicht allzu ferne Zeit ein Aufwuchs auf Baumwolle geübt wird.

Wir wollen Sparsamkeit, aber keine Faulheit

(Sehr richtig!) Das sind die Lehren der Kusthände in Südwest und im Osten. Wir haben gehört hier im Reichstage an Truppen und Transportmitteln. Was auch immer sonst für Ursachen vorliegen, niemals hätte der Aufwand diese Höhe erreicht, wenn nicht diese Sparsamkeit nicht gelöst hätte. Die Verwaltung hat es vielleicht auch an der wünschenswerten Energie fehlen lassen. Ich halte manchen an der Eindrücke, daß sie im Reichstage günstige Chancen nicht benutzt hat. Ein energischer Staatssekretär hätte auch den letzten Sektionschef des Reichstages so lange verweigert, bis die Sache, die schon unter Dach und Fach war, auch erledigt war. (Sehr richtig.)

Die Anerkennung der Ehrenreife für unsere Truppen hat wohlwollend berührt. Man hat den Eindruck im Volk, daß die namenlosen Helden unserer Soldaten und Führer nicht genügend anerkannt werden. (Sehr richtig!) Es ist viel Blut geflossen. Die Führer haben vielleicht doch die Eingeborenen unterschätzt. Mit dieser Tatsache hängt der Zweifel zusammen, ob der Wechselsin Romanoba richtig war und man nicht besser den Gouverneur Neuwien, der vielleicht Fehler begangen haben mag, als einen, der Land und Leute jedenfalls besser kannte, als diejenigen, die ihn ersetzten, an seiner Stelle gelassen hätte. (Sehr richtig.) Es barren große, schwere Aufgaben des neuen Herrn in der Kolonialverwaltung, nicht zum letzten

der wirtschaftliche Wiederaufbau

in Südwest und Ost. Das dieser neue Herr den Mut hat, an diese große Aufgabe heranzutreten, erfüllt uns mit Sympathie für ihn. (Lebhafte Beifall.) Möge er auch bemüht sein, die Kolonien aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Im übrigen verweise ich auf das Kolonialprogramm in der neuen Schrift des bekannten Herrn v. Brandt. Wer Kolonien hat, muß auch der Pflicht sich bewußt bleiben, die er damit übernimmt, nämlich die Hebung der materiellen und moralischen Lage der Eingeborenen. Nun hat dieser Tage der Hg. Kopf von Kolonialpolitik die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes gesprochen. Ich befreite die Richtigkeit des Wortes. Dazu ist sehr viel deutsches Blut geflossen, das wird die Kolonien nur noch fester an uns ketten. (Zustimmung.) Das deutsche Vaterland erwartet nicht nur die Befreiung der Kolonien, sondern auch die

energische Reorganisation

und wirtschaftliche Erschließung, die Schaffung von Transportmitteln und die kulturelle Hebung der Eingeborenen. Der Hg. Fräbinger hat ja die ganze Kolonialverwaltung in Grund und Boden verdammt. (Widerspruch des Hg. Fräbinger.) Dennoch, in Ihren Darlegungen vor Eröffnung des Reichstages, die vielleicht in gewissem Sinne durch Ihre letzten Darlegungen eingeschränkt worden ist. Seine Ausführungen gehen nun zum Teil durch die ganze kleine Zentrumspartei, aber ohne die Erwähnung der Vertreter der Regierungen. Das ist bedauerlich, und ich meine, ein Wort des Reich-

stanzlers, daß er sich die energische Förderung der Kolonie angelegen sein lassen will, würde das Vertrauen zurückbringen, wenn es der-heren gegangene ist, und das vorhandene Mäßen. Meine politischen Freunde haben zu dem Reichstanzler das Vertrauen, daß er sich die Pflege der Kolonialpolitik angelegen sein läßt und bemüht ist, nach den schwereren Prüfungen für die Kolonien jetzt bessere Zeiten herbeiführen zu helfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Für diese Ausgaben bedürfen wir neuer Mittel, durch die vor allem die Selbständigkeit der Einzelstaaten nicht leiden darf. Wie die

Finanzreform

formell aussieht, ob sie mehr oder weniger automatisch geschieht ist, das kann nicht maßgebend sein, das ist nebensächlich, die Hauptsache ist, daß die ganze Reform aufhöre. Ich für meine Person lege den Schwerpunkt nicht auf den § 3 des Finanzgesetzes, der die Reichsbeiträge nach oben abgrenzt. Das müßte keine conditione sine qua non der Regierung sein, zumal ihre Lösung keine erschöpfende ist. Aber die Finanzreform ist notwendig und ebenso eine systematische Schuldenentlastung. Wir würden in erster Linie die Befreiung der Reichsbeiträge anstreben, allein das Zentrum wird nicht darauf eingehen, nachdem es durch den Hg. Fräbinger hat erklären lassen, daß die Verbindung auf Weibchen und Verdrängen der Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten aufrecht erhalten werden soll. Vor allem dürfen wir die Reform nicht zu weit hinauschieben, da die betroffenen Industrien in großer Unruhe sind, besonders die Tabakindustrie. Je früher das die Entscheidung kommt, desto besser. In den Militärpensionsangelegenheiten müssen wir die Ehrenschuld besetzen, die rückwirkende Kraft muß für die Kriegs- und Friedensinvaliden und Pensionäre zum Ausdruck kommen.

Bezüglich der Steuern im allgemeinen

möchten meine Freunde nicht anerkennen, daß eine vollständig Einheitssteuer in diesem Steuerbauteil aufrechterhalten werden muß, und wir werden uns auch vorbehalten müssen, einige Steuern daraus herauszugreifen. Der Grundgedanke der Schonung der wirtschaftlich Schwachen muß festgehalten werden. Wohlwollende Prüfung und Annahme dürften finden die Besteuerung der Zigaretten, die höhere Zölle auf Importen, auch die Automobilsteuer. Andere Anlagen werden allerdings dem schwersten Widerstand begegnen und kaum Aussicht auf Annahme haben, so die Verkehrssteuer, die Steuern auf Luitungen und Fabrikation, die eine Belastung des Verkehrs mit sich bringen. Die Biersteuer wird zu prüfen sein, ob und inwieweit hierdurch eine Belastung des Bierverbrauchs herbeigeführt wird. Bei dem Tabak werden wir zu prüfen haben, ob die Vorlage nicht zu Arbeiterentlassungen führt. In dieser Industrie finden wir im Gegensatz zur Weinindustrie wenig Großbetriebe, und die Schonung kleiner und mittlerer Existenzen ist dringend geboten. Den

Grundgedanken der Reichsbeitragssteuer

akzeptieren wir. Ein Ausbau dieser Steuer ist nach meiner persönlichen Meinung dahin möglich, daß man die großen Vermögen, die in der Industrie oft sehr bald erworben werden, auch in der Defensiv- und in den Ehegatten befreit. Das Eindringen der Steuerorgane in die Familienverhältnisse ist heute schon sehr weit und man hat sich daran gewöhnt. Meine politischen Freunde vermischen in dem Steuerbauteil die Wechsler. Wir würden sie empfehlen als einen gerechten Ausgleich für die Militärkosten. (Sehr richtig!) bei den National-Liberalen.)

Der Hg. Fräbinger hat vom

Toleranzantrag

gesprochen. Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir alle verfassungsrechtlichen, staatspolitischen und andere Bestimmungen, die die Kulturfreiheit beeinträchtigen, als veraltet betrachten und dringend deren Beseitigung in den einzelstaatlichen Gesetzen wünschen. (Beifall im Zentrum.) Andererseits sind wir noch wie vor der Ansicht, daß der Toleranzantrag über diese Grenze hinausgeht, namentlich in seinem zweiten Teil einen harten Eingriff in die Kirchenfreiheit der Bundesstaaten enthält und in seinen Konsequenzen eine Reihe von Gesetzen befreit, die sich zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche durchaus benötigt haben. Was die Fortführung der Sozialreform anlangt, so möchte ich eins sagen: Die Freundschaft, wie sie seit zwei Jahrzehnten im deutschen Volke vorhanden war, finden wir vielfach nicht mehr. Der Hauptgrund ist das Wachstum der Sozialdemokratie und das dadurch hervorgerufene Aufbegehren in weiten Kreisen. Der Redner empfiehlt dringend die Zusammenfassung der Verfassungsorgane zur Befähigung der Verwaltungsklassen. Wir wünschen eine:

Reform der Krankenversicherungsgesetze

Die Selbstverwaltung der Arbeiter anzustreben, daran denken wir nicht, wohl aber die Befähigung des unfähigen Zustandes, daß in der Verwaltung das Verhältnis von zwei Drittel zu einem Drittel besteht, das tatsächlich zur Lebensmacht der Sozialdemokratie geführt hat (Sehr richtig!) und damit zur jetzigen Nichtstimmung über die Krankenversicherungsgesetze.

Unsere innere Lage

ist im ganzen nicht erfreulich. Wir haben die Zunahme der Sozialdemokratie und die Tatsache, daß sie radikal, revolutionär geworden ist. Die Revolutionäre sind gefolgt, die ersten Arbeitervereine verschwunden. (Zustimmung.) Die Ränne zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zeigen in letzter Zeit ein anderes Gesicht. Die Arbeiterorganisationen haben durch ihren Druck harten Widerstand erzeugt, und die großen Arbeitgeberorganisationen sind heute mächtiger wie je. (Sehr richtig!) Dazu kommt die wachsende Bedeutung der Ausfuhrungen. Die Führer setzen in die Organisationen, die bisher abseits standen. Der Redner beipflichtet die Frage der Arbeiterkammern und Berufsvereine. Das über letztere angeordnete Gesetz sollte sich freilich von Kolonialstaaten und Meubüro Bewegungsfreiheit ermöglichen. Ich habe davon hören, daß manche recht gute Vorträge aus den Bundesstaaten unter den Tisch gelassen sind (Sehr, hört bei den National-Liberalen). Die vielleicht später im Reichstag wieder aufgenommen werden. Hierbei kein Mißverständnis, das und von demherin wieder von der Arbeiterschaft abgelehnt wird. Wir freuen uns, daß das Gesetz über die Vorhandwerker vorgelegt wird. Sprechen wir auch der Ausbau des Gesetzes über den Anlaß der Wehrmacht und die Befähigungsbildung.

Ich äußere mich dem Schluß. Wir billigen den Grundgedanken des Reichstanzlers, daß wir uns

jeder Einmischung in die russischen Verhältnisse

zu enthalten haben. Bei uns in Deutschland steht der monarchische Gedanke fest, trotz der vollen Sozialdemokratie und der Ausführungen des Herrn Webel. Aber die Monarchie muß auch Fehler vermeiden. Es ist eine kritische Zeit, in der wir leben, die alles mit Lebendigkeit aufsaugt und unter die kritische Lupe nimmt. Es wird heute nicht mehr alles abgelehnt, nur deshalb, weil es alt und ererbt ist (Sehr richtig!), sondern wir prüfen die Institutionen auf ihren Wert. Wie können es nur dann dar begründen, daß feinerwit Bismarck das allgemeine und gleiche Wahlrecht gegeben hat. So ist in ersten Zeiten des Reichs vorhanden, in dem das Volk zur Meinungsbildung auf besterter Weise kommt. An so schweren Zeiten ist auch die Qualität der

Menschen, die an den Verwaltungen beteiligt sind, von großer Wichtigkeit. (Sehr richtig!) red.) Wir hören manche Klagen über unsere diplomatischen Vertreter im Ausland, hinsichtlich der Begabung und auch des guten Willens, dem deutschen Kaufmann zu dienen. Man sagt, daß die Auswahl vielfach nach veraltetem System erfolgt. (Sehr richtig!) Und das sagen kundige Leute. Man sagt auch, daß die holländische Repräsentation nicht mehr die Hauptsache ist, sondern häufiger in der Beurteilung vitaler wirtschaftlicher Interessen, Fähigkeiten, dreimal unterfriden. Eine Durchsicht unserer Diplomatie auf Qualität ist dringend notwendig. (Sehr richtig!) Das gilt besonders für Vertragshandlungen mit Amerika. Auch in unserer

Inländische Politik

wird viel geklagt über Scheinlosigkeit und eine gewisse Verschärfung der Entschärfungen. Sichtigkeit und eine gewisse Großzügigkeit dürfte sich hier empfehlen. Auch unsere Justiz ist nicht so beschaffen, wie sie sein sollte. (Lebhafte Zustimmung.) Man verlangt ein Mißge und schneller Verfahren. Mit der Durchführung der Berufungen sollte man endlich zum Abschluß kommen. Man sollte eine Korrekturinstanz schaffen durch Einführung des Rechtsmittel der Berufung. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch und hat der plötzliche Schluß des Reichstages verstimmt. Heute werden wir

mit Vorträgen überflutet.

Man sollte die Gesetze, die fertig sind, in der Presse veröffentlichen, damit man das Material vorher lesen kann. Eine frühere Einberufung des Reichstages wäre dringend nötig gewesen. Die Diktäten sind eine dira necessitas. (Sehr richtig!) Es ist unwürdig, wenn wir in jeder Frage von dem Wohlwollen der Herren Singer und seiner Freunde abhängen. Wir haben ernste Zeiten nach außen, wir haben wachsende Kämpfe im Innern. Wir sehen, daß die Phantasie unserer Arbeiter mächtig erregt wird durch die Vorgänge mit dem Oken, und wie sie sich diesen Okenmäßig unter die Nase blasen lassen. (Sehr richtig!) Die deutschen Parteien werden sich dem Revolutionismus nicht öffnen, aber den einen Wunsch muß der Patriot haben, daß der gesunde, nüchternste Sinn unseres Volkes, das Gerechtigkeitsgefühl der bestehenden Klassen, das Verantwortungsgefühl der Arbeiter und vor allem innere Unruhe bewahren möge. Was aber das Ausland anbelangt, das uns feindlich gesinnt ist, so möge es sich sagen: eine Nation von 60 Millionen läßt sich weder belächeln, noch umgestürzt beleiden. Wir werden unsere

friedensverhaltende Wehr

weiter aufgestalten. In diesen Bestrebungen wird die Nation einig gehen mit den verbündeten Regierungen. Auch dem Reichstage ist es eine heilige Sache um die Erhaltung des Friedens. Wenn uns aber ein Kampf aufgebrängt wird, dann werden für Deutschland große Tage wiederkehren und dann wird die Nation hinter ihrem Kaiser stehen! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

* * *

Der übrige Verlauf der Reichstagsverhandlungen am Samstag.

Reichstanzler Graf Bilow.

Ich danke dem Herrn Vorredner für den patriotischen Grundton seiner Ausführungen, auch da, wo er die Politik der verbündeten Regierungen kritisiert hat. Ich möchte auf einige dieser Kritiken im weiteren Verlaufe der Debatte zurückkommen. Ich wende mich für meine Person zunächst zu dem, was der Hg. Wasserwanne gesagt hat über den, wenn nicht ernstesten, doch besonders schwierigen Punkt der gegenwärtigen Lage, nämlich die

Verhältnisse in den Kolonien.

Wir Recht hat der Hg. Wasserwanne darauf hin gewiesen, daß wir in unserer Kolonialpolitik eine Zeit schwerer Prüfungen durchgemacht haben. Seit zwei Jahren stehen unsere Truppen in Südwestafrika im Felde. Es ist ihrer Dravour gelungen, die Widerstandskraft der Hereros vollständig zu brechen und auch die Mithelente des Ostafrikanerkommandos und ihre Führer zur Unterwerfung zu bringen. Aber bis in die letzten Wochen haben in den Schutzgebieten Geschehnisse stattgefunden, die uns sehr Verluste gebracht haben. In dem Wiederaufbau unserer südwestafrikanischen Kolonien steht uns eine überaus schwierige Aufgabe bevor. Ich hoffe guberhastlich, daß der neue Gouverneur v. Vindekuß, der vom Vertrauen der Anwohner empfangen, im Schutzgebiete eingetroffen ist, sich dieser seiner Aufgabe gewachsen zeigen wird. Ich hoffe, daß unsere Dankleute drängen in der friedlichen Arbeit, die sie jetzt allmählich wieder aufnehmen, ihre Pflicht mit ebenbürtiger Ausdauer und Fähigkeit erfüllen werden wie unsere Truppen in den letzten Kämpfen. Auch in Ostafrika ist eine aufrührerische Bewegung ausgebrochen die wirte Keife erfährt hat, der zu unserm tiefen Bedauern eine Anzahl wehrer Missionare zum Opfer gefallen sind. Es ist bisher an allen wichtigen Punkten gelungen, ohne größere Verluste der Bewegung Herr zu werden, aber auch hier ist Vorkaht geboten. Die Entsendung von Kavallerie und von Marinemannschaften und ebenso die Bekämpfung der dem Gouverneur zur Verfügung stehenden Nachmittell hat sich als notwendig erwiesen, und wir haben nicht das geringste Bedenken getragen, durch ein Nachtragsgesetz für diese Forderungen Ihre Bewilligung nachzusuchen. Besonders schmerzlich berühren uns die Verluste so vieler wertvoller Menschenleben. Es darf uns in diesem Schmerz ein Trost sein, daß in unserm Volke und in unserer wehrfähigen Jugend noch der alte Soldatengeist lebt (lebhafte Bravo), daß unsere Leute unter Verhältnissen, wie sie schwieriger kaum gedacht sind, Verhältnissen, die an die Hannenstadt, die Tapferkeit und die Ausdauer der Leute die höchsten Anforderungen stellen, an Offiziere und Mannschaften, sich des deutschen Namens und des alten Ruhmes würdig gezeigt haben. (Lebhafte Beifall.) Sie haben nicht nur zu sterben, sie haben, was schmerzlicher ist, auch zu ertragen und zu leiden verstanden. Das deutsche Volk wird das Bedenken an die Jungen seiner Kinder, die für Deutschlands Ehre gefallen sind, ebenso treu bewahren wie die Erinnerung an diejenigen Kämpfe, die durch unsere nationale Einigung ihre Wendung gefunden haben. (Bravo.)

Die finanzielle Belastung.

Die uns durch den südafrikanischen Feldzug auferlegt wird, ist eine ungeheure Summe. Aber wir müssen durchhalten, wenn anders wir die Kolonien nicht preisgeben wollen. (Sehr richtig!) Ich glaube mit dem Hg. Wasserwanne, daß durch das Blut, das in Südwestafrika geflossen ist, die Schutzgebiete nur noch fester mit dem Mutterlande verbunden sind. Ich glaube nicht an eine Kolonialmüdigkeit. Ich glaube, daß das deutsche Volk heute noch weniger geneigt

(Bestatter Beifall.) Und ich möchte auch dem Russen raten, auf solche sozialistischen Versicherungen keine Hoffnung zu setzen. Der Herr Bebel hat vorgestern mehrmals auf die russischen Verhältnisse hingewiesen, und in der sozialdemokratischen Presse lesen wir täglich Vergleiche und Hinweise, daß es bei uns ebenso kommen könnte. Aus nahe- liegenden Gründen werde ich mich jeder Kritik russischer Zustände, jedes Urteils über russische Verhältnisse enthalten, aber das will ich doch sagen, daß die Verhältnisse in Deutschland wesentlich anders liegen als in Rußland. (Sehr richtig!) Und das will ich weiter sagen, daß, wenn die Sozialdemokratie versuchen sollte, bei uns Plünderungen und Mordanschläge, Generalstreik und Massenemonstrationen einzubürgern, solche Versuche zerfallen werden an der Festigkeit unserer Institution, an der Entschlossenheit der Regierung, an dem gesunden Sinn des deutschen Volkes, das sich das Joch der Sozialdemokratie nicht auferlegen lassen wird. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Müller-Sagan (Hr. Sp.):

Über die Frage nach den Tagsgeldern ist der Reichsanwalt mit Schrecken hinweggegangen. Ein berechnetes Schreckbild! Wir wollen nicht pour le roi de Prusse arbeiten wie das vorige Mal. Es ist ein hartes Bild, die nicht durch die lex Trimborn gebundenen Jule nur auf 25 Millionen anzusetzen. Rein, 50, 100 oder vielleicht 150 Millionen werden es sein. Wir werden zuerst an der Reform der Brauereisteuer ansetzen, Beseitigung der Liebesgaben. Der Reichsanwalt hat meinem Freund Richter ein großes Lob gesagt. So, dann soll er seiner Autorität in Fragen der Reichsfinanzreform doch folgen. Also eine Reform der Matrifularbeiträge durch Heranziehung der Einzelstaaten nach der Zahlungsfähigkeit statt nach der Kopfzahl. An dem System der Matrifularbeiträge darf nicht gerüttelt, das Interesse der Einzelstaaten am Reichsausfall darf nicht geschmälert werden. Im Reiche dürfen wir nicht Steuern auf

Vorrat bewilligen, weil der Schatzkeller bei den Anmeldeungen der Reform mit Konzeptionsmängeln zu tun hat. Wir brauchen einen verantwortlichen Reichsfinanzminister. Wenn diese Quittungssteuer durchgeht, was ist unser Postminister dann für ein Antikristophan! Taggen war ja Vobbielst ein Popponier! Und kann es etwas Mittelhandelsfähigeres geben als diese Kränze auf die Baumwirtschaft? Die Automobilsteuer, die die Praxis der Landwirte belastet, ist nur ein Entgegenkommen gegen den Instinkt der Masse. Die Biermalsteuer wird sicher abgewägt werden. Was die Brauereien am meisten fürchten, ist eine fortwährende Unruhe wie bei der Tabakindustrie. Da sagen manche Brauer: dann löst lieber den Schwanz auf einmal abgeben. Aber die Tabaksteuer zeigt, was man einem ohnehin schon schwer zingenden Gewerbe zumuten kann. Die deutsche Diplomatie hat das deutsche Volk selten so geschickten hinter sich gehabt wie damals, als die Delassierten Forderungen entlarvt wurden. Die Geschicklichkeit unserer Diplomatie damals verdiente alles Lob. Hoffentlich erreicht sie in Algerien, was notwendig ist für Deutschland. Es gibt keinen Grund zu kriegerischen Verwicklungen mit England. Auf unsere Kolonien hat England doch wahrlich keine Ansprüche zu sein. Wir sind nicht für eine Weltpolitik, die überall Händel, sondern für eine, die überall Handel sucht, also ungefähr das Gegenteil der jetzigen Weltpolitik. Ob die Reichsregierung auf mit der einseitigen Begünstigung der agrarischen Interessen. Das allgemeine Interesse über die Sonderinteressen, dann werden die Reichsfinanzen von selbst gefunden.

v. Barhorff (Rp.):

Ich bin von diesen Seiten aus der Provinz beauftragt worden, aufs dringendste für eine weitere Beschleunigung des Plattenbaus zu wirken. Das ist ausgeschlossen wegen der Leistungsfähigkeit der Werkstätten, der Ausbildung des Offizierskorps und Maschinenpersonals und der Überführung der maschinellen Technik. Die Rede des Ministers v. Rheinbaben sollte überall im Lande angeklungen werden. Eigentlich schade, daß Herr Janssen nicht kam. Ich hätte ihn unter Ihnen sehen mögen, den extremen Reformer, der den Antrag auch als fruchtbarsten Antrag eingebracht

Allgemeine Erhöhung der Hotelpreise.
in Braunschweig, 8. Dez.

Der Internationale Verein der Gasthofbesitzer, der seinen Sitz in Köln hat, hielt gestern unter Vorsitz des Hoteliers Hober-Köln eine aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands hervorgegangene außerordentliche Generalversammlung ab, um zu der durch die Teuerung fast aller Lebensmittel bedingte Erhöhung der Preise in den Hotels Stellung zu nehmen. Den Verhandlungen wohnte im Auftrage des Braunschweiger Magistrats Stadtrat Franzenberg und für die Handelskammer Regierungsrat Dr. Stegemann bei. Das Hauptreferat hatte Hotelier Köhler, Baden-Baden übernommen. Der Redner wies auf das am 1. März 1906 in Kraft tretende neue Zolltarifgesetz hin, das eine unerhörte Teuerung aller Lebensmittel mit sich bringen werde. Es handelte sich hier um keine vorübergehende Erscheinung, sondern die Verteuerung aller landwirtschaftlichen Produkte, sowie das Einfuhrverbot der „gesundheitsgefährlichen“ Würste wie Salami und Mortadella seien eine gewollte und wohlwollende Tat der jetzigen agrarisch gestimmten Regierung. Entsprechend den gesteigerten Anfor- dern müssen auch die Hoteller einmal einen allgemeinen Preisaufschlag vornehmen. Dieser Aufschlag müßte sich auf die Berechnung der Zimmer, auf die Speisen der Karte und auf die Weine erstrecken. Der Verein kann nicht für den Einzelnen laufende Beschlässe fassen und die Schablonisierung, wie sie die Regierung mit ihrem Gesetz über die Mißgeboten der Angelegten geregelt hat, wäre unter Tod. Aber ohne wie vorgreifen zu wollen, hält der Redner abgesehen von erhöhten Fleischpreisen einen Aufschlag von 20 bis 30 Proz. auf die bisherigen Preise für notwendig für unbillig überhöht. (Sehr Zustimmung.) — In der sich anschließenden Diskussion trat Wadmann aus Schierke der Auf- fassung entgegen, daß es im Orte so teuer sei, daß man nicht mehr längere konnte. Diese Nebenkorat sei dadurch entstanden, weil nur das kleine, minderbemittelte Publikum Orte und Schwergewalt de- schaden, während die Reichen durch die Eisenbahn nach Türol und der Schweiz geschickt werden. Für den Orte geschle bogegen seiens der Eisenbahnerhaltung so gut wie nichts. Der Redner empfiehlt des- halb der Eisenbahnerverwaltung, für den Orte und die anderen deutschen Gebirge mehr zu tun und die sommerlichen Ertragslose nach dem Ausland einzuführen. — Regierungsrat Dr. Stegemann be- merkte zu diesen Ausführungen des Redners, daß auch von anderer Seite schon Schritte unternommen seien, um bei der preussischen Eisenbahnerverwaltung mehr Interesse für den Orte zu erwecken. — In der weiteren Diskussion wurde auch erwähnt, daß die Schwarz- burg-Rudolstädter Regierung die Erhöhung der fürlichen Beiträge mit der Verteuerung der Lebensmittel motiviert habe und dazu be- merkt, es müßte Herrn von Vobbielst doch interessieren, wenn ange- sichts der hohen Fleischpreise schon die souveränen Fürsten eine Er- höhung ihrer Apanage fordern. Dann wurde folgende Resolution angenommen:

Die außerordentliche Generalversammlung des inter- nationalen Vereins der Gasthofbesitzer, beauftragt übereinstimmend, daß mit Rücksicht auf die großen Mehraufgaben, welche der Hotel- industrie durch die vollständige Umwandlung des Hotelwesens in den letzten Dezennien sowie durch die sich immer mehr steigenden Kosten, welche ihr staatlicher u. kommunalerseits auferlegt werden, endlich aber, infolge der Teuerung des Fleisches, wie der sonstigen Lebensmittel eine Erhöhung der Preise dem Hotel- und Restau- rantgewerbe in jeder Hinsicht gerechtfertigt ist. Die Generalver- sammlung empfiehlt deshalb den Mitgliedern des Vereins einen, den großen Mehraufgaben entsprechenden Preisaufschlag herbei- zuführen.

Aus Stadt und Land.

Wannheim, 9. Dezember 1905.

Der Gemeinnützige Verein im Stadtteil Lindenhof

Halt am Donnerstag Abend im „Restaurant zur Stephani- promenade“ eine sehr gut besuchte Mitgliederversam- lung ab. Die zur Beratung gestellten Fragen waren aber auch vielfach interessant und sehr bald kamen die Debatten in Fluß. Be- merken möchten wir noch, daß die Herren Stadtvordrachen Bau- direktor Wüst und Vortragsbeauftragter Hauptlehrer Adrig der Versammlung brimmboten und sich sehr eingehend mit den zur Verhandlung stehenden Fragen beschäftigten. In Abwesenheit des Vorsitzenden Herrn Ing. Kasten leitete Herr Schlossermeister Franz Schwandt die Versammlung unter Aufsicht der Herren Rämmerer (Schriftführer) und des Herrn Hauptlehrer Rämmerer.

Punkt 1 der Tagesordnung betraf ein Gesuch der Vereinigung bodischer Handelsgärtner, Abt. Wannheim um einen Beitrag zur Behebung der Unkosten für die alljährliche Prämiierung der Wallons etc. Nach warmer Befürwortung dieses Gesuches seitens der Herren Wüst, Rämmerer und Siv. Direktor Wüst wurden mit großer Mehrheit 20 M. aus Vereinsmitteln genehmigt.

Der zweite Punkt befaßte sich mit der Erzielung eines Sinderplatzes auf dem Lindenhof. Aus der Mitte der Versammlung wollte man zunächst den verlassenen katholischen

Kirchenplatz verwendet wissen, nachdem aber die Mitteilung wurde, daß derselbe als Bauplatz bereits anderweitig veräußert sei, wurde hierauf Abstand genommen. Herr Rämmerer teilte mit, daß Herr Carl Rang jr. von dem bisherigen Rang'schen Garten leider nicht abgeben kann, da er dieses Gelände bebauen vorziehen müsse, um zur Ackerbauung resp. Vergrößerung seiner Forst- anlagen hieran angrenzendes Gelände zu erwerben, um nicht ge- nötigt zu sein, eventuell einen Teil seines Betriebes nach außen verlegen zu müssen. Trotzdem war die Versammlung vorbereitend der Ansicht, daß gerade Herr Rang zur Unterstüfung eines wirklich so sehr gemeinnützigen Unternehmens in erster Linie die Hand bieten sollte. Nachdem dies jedoch leider nicht der Fall sei, wolle man auf den Stadtrat einwirken, bei einem event. Geländetausch mit der Firma Rang wenigstens dahin bemüht zu sein, daß das Gelände zwischen dem jetzigen Rang'schen Garten und der Wiesen- flucht als Sinderplatz in Aussicht genommen resp. verwendet wird.

Herr Geschäftsführer Baumann schlägt vor, das Rondell im Schützenloch, auf dem doch nichts wachsen und das Gras alljähr- lich im Juni überwieht, als Spielplatz zu beantragen. Herr Siv. Hauptlehrer Rhein wolle mit, daß durch den künftigen Zu- wach des Sinder seitens des Vereins für Ferienkolonien und des Stadtkaufmanns beabsichtigt sei, eine Zentralisierung der Ferienkolonien in der Wiese vorzunehmen, daß man nach Besitzen eingeteilt, den einzelnen Abteilungen Spielplätze in nächster Nähe ihres Kantons zumachen beabsichtigt sei. Für den Sinderhof sei gerade das Rondell im Schützenloch hierfür vorgesehen, wes- halb er empfehle, in Verbindung mit dem Verein für Ferienkolonien diese Angelegenheit zu erledigen. Dieser Vorschlag fand allgemein sehr warme Bestätigung.

In Punkt 3 der Tagesordnung teilte Herr Rämmerer mit, daß sich der Gemeinnützige Verein der Schönlagerwiese durch die Verlegung des Rang'schen Betriebes nach dem Lindenhof und den dadurch herbeigeführten starken Entzug von Bewohnern veranlaßt sah, um die Erbauung eines Steges über die Weite an der Friedhofstraße zu betreiben. Der Vorstand teilte mit, daß die Erbauung eines Steges über die Weite an der Friedhofstraße nach dem Lindenhof bei der Generaldirektion der Bad. Bahnen zu bewilligen. Ge- nannter Vorstand erklärte im Zusammenhang seines Auftrages bei dem Lindenhof-Verein nach. Herr Rämmerer meinte, für die Bewohner des Lindenhofes würde es sich in allererster Linie darum drehen, einen ordentlichen Zugang zum Waldhofe zunächst zu erhalten, da der Verkehr über den alten Steg äußerst gefährlich sei und er auch für die Verwallung des Betriebes absolut nicht mehr zureichte. Die Lindenhofverwaltung wolle sich keineswegs mit einem Steg zufrieden geben, sondern müsse unbedingt darauf hinarbeiten, daß eine, allen Anforderungen genügende Ueber- führung erstellt wird. Eine neuerdings an die Generaldirektion gerichtete Anfrage wurde dahin beantwortet, daß in dieser Be- ziehung Entschlüsse momentan überhaupt nicht gefaßt werden können, da mit der Vollendung des neuen Rang'schen Betriebes die Ver- kehrsverhältnisse des Wannheimer Waldhofes eine bedeutende Ver- änderung erfahren würden und sich heute schon ein Überblick über die zukünftige Gestaltung derselben nicht ergäbe. In Rücksicht darauf ist die Verwallung mit Herrn Rämmerer vollständig der Ansicht, dieses Projekt intensiver vorzutreiben, um zu verholgen, jedoch den Stadtrat heute schon darauf aufmerksam zu machen, bei einem eventuellen Geländetausch mit der Größh. Staatsbahn darauf bedacht zu sein, daß die zukünftige Ueberführung mit vor- gesehen wird, um allmählich in ganz entsprechender Weise ihre Erbauung zu betreiben. Der Vorstand wurde beauftragt, in diesem Sinne tätig zu sein.

Anfolge eines Schreibens des Bezirksvereins Mann- heim wurde beschlossen, dem Verein als unterstühendes Mitglied beizutreten. Ein weiterer Antrag aus der Mitte des Vereins glog dahin, beim Stadtrat anzufordern, ob denn im Rahmen des Linden- hofes kein städtisches Gelände vorhanden sei, das als sogenannte Parkgärten an Interessenten abgegeben werden könnte. Die Debatte hierüber war eine sehr angenehme und man konnte die Wahrnehmung machen, daß die Angelegenheit tatsächlich sehr war- mem Interesse begegnet. Der Vorstand wurde beauftragt, in diesem Sinne beim Stadtrat vorstellig zu werden. Der Stadtvordrachen Direktor Wüst bemängelte nach den wirklich sehr schlechten Zu- stand des hiesigen Teiles des Linden- hofes. Bei schlechtem Wetter sei derselbe ein Wast, der jeder Verwallung lauter. Es sei wünschenswert, den Stadtrat zu er- suchen, daß bei der Revision der städtischen Anlagen vorstellig zu werden, freiliches Bild Land auf Kosten der Stadtgemeinde in eine gärtnerische Anlage umzuwandeln zu dürfen, was doch gewiß nicht mit großen Aufwänden verknüpft sein könnte. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, diesbezügliche Schritte zu unternehmen. Hiermit wurde die Versammlung durch Herrn Schwandt ge- schlossen.

Genannt wurde Jakobswilhelm Schmidt, ein von Born- berg unter Bezeichnung des Tisler Reichhoffer und unter Anleitung des Reichhoffer Waldhofes zum 2. vicarum der Reichsverwallung.

In den Nebenhand verhielt wurde Buchhalter Mathias Engesser vom Domäneamt Pflanzberg.

hat, den Vortrag über den Prospektanten (Gellerkeit.) Ich glaube, im Grunde des Dregens war es Herrn Bebel gar nicht sehr unange- nehm, daß er nicht kam. (Zuruf: Warum hat der Reichsanwalt ihn nicht kommen lassen?) Und, darin hatte der Reichsanwalt recht, die internationale Politik wird der Sozialdemokratie nicht unterworfen. Ich hoffe, daß die heutige energische Sprache des Reichsanwaltes eine Wandlung herbeiführt, an Wählern werden es die bürgerlichen Parteien dann nicht fehlen lassen. Herr Bebel hat in Aussicht gestellt, daß es auch bei uns so kommen könnte wie in Rußland. Wer kann es wissen? Es hängt von der Loyalität der Regierung ab und der Unterstützung, die die Nation ihr gibt. Aber in unsern Ostprovinzen, da würde es dann so gehen wie in Rußland. Ich meine mit den Judenverfolgungen. Ich erinnere nur an Konig. Ich will hoffen, daß die Regierung gelingt, solche von vornherein zu unterdrücken, und daß sie die jetzige, sehr kolossal weiter treibt unter Zurückdrängung der Elemente, die es dahin zu treiben suchen. Herr Bebel tut, als ob sein Land schlummer sei als ... (Bebel ruft: Treuen und seine Junker! Gellerkeit.) Der Präsident rügt die Unterbrechung.) Ich kann nicht so machen wie gefahren Bebel zu seinen Worten, die ihn fürchten: Sht! Sht! (Stürmische Gellerkeit.) Bebel ruft: Keine Kunde? Ich weiß nicht, ob es richtig ist, daß Herr Bebel den Schlüssel zu der Kasse hat, aus der er Wahlen stellt. (Bebel ruft: „Nein, hat er nicht!“) In der sozialen Fürsorge ist Deutschland allen Staaten voran. Folgen Sie mir den Staat, der einer besseren Bräuterei hat. Und des Wählrechts? Nach dem englischen Wählrecht sehen Sie hier 6 oder 10 Mann. (Lachen der Sozialdemokraten.) Beantworten Sie doch einmal, daß wir das eng- lische Wählrecht bei uns einführen. (Gellerkeit.) Sie wollen das allgemeine Wählrecht in Preußen. Das ist das Vorbild zur deut- schen Republik. Ich hoffe, das Deutsche Reich wird nie in die Lage kommen, daß Bebel seine Angelegenheiten leitet. Ich hoffe, daß es unter der festen Hand des gegenwärtigen Reichsanwaltes Bismarck glücklich und segensreich entwickeln wird. Das malte Gott. (Lachen der Sozialdemokraten.) Ich sa, Sie glauben an keinen Gott.

Wannheim Ludwigshafener Turnerschaft.

Einen guten Anfang nahm der gestern abend erstmalig abgehaltene Vortrag-abend der Wannheim-Ludwigshafener Turnerschaft in dem großen Saale der Turnhalle der hiesigen Turnvereine. Es hatten sich dazu eine große Anzahl Turner und Turnerinnen des Städteturnvereins gefunden. Nach einem gemeinsam gesungenen Turnersong wurde der Abend durch Herrn Stadtkaufmann Dr. Sickingen mit einer Ansprache eröffnet, in der er alle Anwesenden willkommen hieß. Herr Dr. jur. Wolfhard, welcher schon das Wort zu seinem Vortrag über „Die Entwicklung der deutschen Turnerschaft“ ergriff, teilte seine interessanten Ausführungen in drei Perioden ein. Zunächst besprach er das Aufkommen des Turnens bis zum Jahre 1800, dann die systematische Ausbildung des Turnens bis zum Jahre 1800 und schließlich die Entwicklung der deutschen Turnerschaft bis auf den heutigen Tag. In dieser letzten Periode schilderte Redner die ersten deutschen Turnvereine und den immer mehr um sich greifenden Ausbau der deutschen Turnerschaft in chronologischer Reihenfolge. Ganz besonders gedachte er hierbei des Wobls der österreichischen Turner sowie des Krieges von 1870, in welchem die Turner gezeigt hätten, daß sie nicht nur theoretische Schwärmer, sondern auch kühne Kämpfer waren, ihr Leben für ihr Vaterland zu lassen. 11.000 Turner zogen mit in den Krieg, 600 von ihnen erlitten den Heldentod, 185 starben an Siedtum und Krankheit, 1100 wurden verwundet und 580 konnten mit dem eisernen Kreuz ausgezeichnet werden. Eingehend besprach der Redner auch das Gönnerturnerturnfest im Jahre 1898, das jedem Teilnehmer unvergesslich sei. Am Schlusse seiner gediegenen Ausführungen ge- dachte er in anerkenntlichen Worten, des hoch würdigen Vorsitzenden der deutschen Turnerschaft und gab dem Wunsch Ausdruck, daß dieses noch lange der Turnerschaft erhalten bleiben möge. Beifälliger Beifall folgte diesen ebenso anregenden wie lehrreichen Ausführungen. Stadtkaufmann Dr. Sickingen gab alsdann ein kurzes Resümee über den Vortrag, dankte dem Redner und schloß mit einem „Gut sei!“ auf die deutsche Turnerschaft. Leider herrschte während des Vortrages durch die ziemlich rüchliche Konversation einiger An- wesenden zeitweise eine solche Unruhe im Saale, daß nicht nur die Redner sehr gestört wurden, sondern auch der Redner selbst darunter zu leiden hatte, so daß er seinen Vortrag unterbrechen und um Ruhe bitten mußte. An den Vortrag reichten sich noch Couplet- und Gesangsbeiträge.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Ludwigshafen, 9. Dez. In der letzten Sitzung des Stadtrates stand die Frage der Anstellung von Schul- ärzten auf der Tagesordnung. Die Anstellung der Ärzte soll mit dem 1. März n. A. erfolgen; insoweit sollen 9 Ärzte in den neun zu schaffenden Bezirken angestellt werden. Das Honorar ist auf 40 Fl. pro Kopf und Jahr gesetzt und als Norm ist der Stand der Schüler am 1. Mai, dem Beginn des Schuljahres, anzunehmen. Nach den fehligen Vertheilungen würden die Ausgaben bei den be- zehnten 11.000 Schülern 4400 Mark betragen. Für die Ein- richtung der Institution sind 1500 Mark erforderlich. Man hat nur ein Provisorium auf drei Jahre durch die Anstellung der Ärzte im Nebenamt geschaffen, um dann später aufgrund der Erziehung im weiteren Entschlüsse zu treffen, ob man diese Einrichtung bei- behält oder Ärzte im Hauptberufe anstellt. Der Antrag auf An- stellung von Schulärzten im Nebenamt wurde einstimmig ge- nehmigt. — Ueber den im Entwurfe vorliegenden Lohnstarif für die städtischen Arbeiter ergriffen sich eine sehr lebhaft Debatte. Die darin resultierte, daß die auf 10 Stunden vorgezeichnete tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden reduziert wurde. Bei Schicht- arbeit beträgt sie 8 Stunden. Für Überstunden werden 25 Proz. für nicht in die Arbeitszeit fallende Nachtarbeit und für Feiertags- arbeit 50 Proz. Aufschlag bezahlt. Die Arbeiter erhalten bei Arbeiten in den Stunden ¼ Tagelohn Zuschlag. Bei Arbeiten außer- halb werden neben freier Hin- und Rückfahrt 1 M. bei Entfern- ungen über 6 Kilometer 1.50 bezahlt, bei Überernahmen beträgt der Tagesaufschlag 2 M. Als Überstunden gilt die Zeit von 6 bis 9 Uhr abends, die folgenden Stunden als Nachtarbeit. Nach zwei Jahren Dienstadt werden 5 Tage, nach 3 Jahren 1 Woche Urlaub gewährt. Jahrsgehälter Dienstzeit berechnung zu einem jährlichen Gehalt und beim Ableben zu einer Kapitalversicherung u. g. Die 1. Lohnklasse legt einen Mindestlohn von 4.40 M. und einen Höchstlohn von 5.40 M. fest. In den folgenden Klassen ver- sieren sich die Löhne bis auf 1.50 M. Anfangslohn und 2 M. Höchst- lohn in der 6. Klasse.

Y Aus der Pfalz, 8. Dezember. Zur Frage der Weine- kontrolle wird aus Straßburg zuverlässig bekannt, daß infolge einer Verfügung des hies. bayerischen Staatsministeriums des Reichs der Weinkontrollen der Pfalz ermächtigt worden ist, gewis- wirkamer Ueberwachung des Weinverkehrs, in unmittelbarer Ver- bindung mit der Weinkontrolle des Reichslandes zu treten. Es ist anzunehmen, daß mancher die Grenzen aus der Weigen- Kontrolle dem pfälzlichen Weinkontrollen geöffnet werden.

Frankfurt, 7. Dez. Der in der Nacht von Samstag auf Sonntag aus dem Hause Friedrichs-Gasse 7 gestohlene Geldschrank wurde an der Darmstädter Landstraße aufge- funden. Die Schränke waren mit einem starken Weis ein- geschlossen. Die Diebe hatten den Inhalt, der aus Doppelkassen- erfordern usw. bestand, unversehrt gelassen; die erbeutete Deute an- deren Geld machten sie nicht.

